

Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 15.12.2020
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 22:02 Uhr
Ort, Raum: in der Oberschule Dinklage, Eingang am Pfarrhof

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Frank Bittner

Allg. Vertreter des Bürgermeisters

Herr Carl Heinz Putthoff

Ratsvorsitzende/r

Herr Robert Blömer CDU

Verwaltung

Frau Dorothee Arp

Amtsleiter

Herr August Blömer

Herr Alfons Echtermann

Protokollant/in

Frau Tina Schwarz

Ratsmitglied

Frau Claudia Bausen	BFD
Herr Joseph Behrens	CDU
Herr Markus Blömer	SPD
Herr Tobias Blömer	BFD
Frau Nicole Bramlage	CDU
Herr Tim Julian Dorniak	CDU
Herr Christian Garvels	CDU
Herr Ulrich Heitmann	BFD
Herr Florian Hinxlage	BFD
Herr Paul Johanning	CDU
Frau Sabine Meyer	CDU
Frau Claudia Meyer-Blömer	Grüne
Herr Andreas Nordiek	CDU
Frau Galina Oldenburger	BFD
Herr Udo Quaschigroch	SPD
Frau Tanja Ruhe	CDU
Herr August Scheper	CDU
Herr Wulf Schwarte	CDU
Frau Elisabeth Voet	CDU
Herr Ingo Wessels	SPD
Herr Andreas Windhaus	CDU
Herr Matthias Windhaus	SPD
Frau Susanne Witteriede	SPD

ab 18:05 Uhr

Tagesordnung:

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- 2** Einwohnerfragestunde
- 3** Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 29.09.2020 -öffentlicher Teil-
- 4** Anfragen zu Ausschussprotokollen -öffentliche Teile-
BUS vom 06.10.2020
SKS vom 27.10.2020
FWT vom 02.11.2020
BUS vom 10.11.2020
JFS vom 26.11.2020
FWT vom 01.12.2020
- 5** Jugendbeteiligung an politischen Entscheidungen; Aufbau eines Jugendparlaments
a) Erlass einer Satzung
b) Erlass einer Wahlordnung
Vorlage: DS-18-0468
- 6** Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
- 6.1** Bericht des Ehrenamtsbeauftragten
- 7** Neuordnung der Umsatzbesteuerung nach § 2b Umsatzsteuergesetz
Vorlage: DS-18-0514
- 8** Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: DS-18-0515
- 9** Erstellung eines energetischen Quartierkonzeptes für die Siedlungsbereiche "Zuschlag" und "Plaggenriehe"
Vorlage: DS-18-0500
- 10** Antrag der Katholischen Kirchengemeinde auf Kostenübernahme für die Einstellung von 4 FSJler (freiwilliges soziales Jahr) in den Kindergärten St. Catharina, St. Franziskus, St. Martin und St. Theresia
Vorlage: DS-18-0511
- 11** Gebührenbedarfsberechnung für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: DS-18-0516
- 12** Beratung über die Haushaltssatzung und über den Haushaltsplan der Stadt Dinklage für das Haushaltsjahr 2021
- 13** Beratung über das Investitionsprogramm der Stadt Dinklage für die Jahre 2020 - 2024

- 14** Antrag der SPD-Fraktion nach § 56 NkomVG an den Rat der Stadt Dinklage auf Durchführung einer Bürgerbefragung
Vorlage: DS-18-0518
- 15** Antrag der SPD-Fraktion nach § 56 NkomVG an den Rat der Stadt Dinklage zur Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplanes
Vorlage: DS-18-0519
- 16** Mitteilungen des Bürgermeisters über kommunalpolitische Angelegenheiten
- 17** Anfragen und Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Robert Blömer eröffnet die Hybrid-Sitzung des Stadtrates um 18:00 Uhr.

Er begrüßt die anwesenden Zuhörer, Herrn Böckmann von der Oldenburgischen Volkszeitung, die Vertreter der Verwaltung sowie die Mitglieder des Rates der Stadt Dinklage.

Ratsvorsitzender R. Blömer teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte 6 „Bericht der Gleichstellungsbeauftragten“ und Tagesordnungspunkt 6.1 „Bericht des Ehrenamtsbeauftragten“ von der Tagesordnung zu nehmen sind.

Sodann stellt der Ratsvorsitzende R. Blömer die geänderte Tagesordnung, die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Anfrage von Mitglied M. Windhaus teilt Hauptamtsleiter Echtermann mit, dass Herr Bollmann derzeit erkrankt sei und somit nicht an der Ratssitzung teilnehmen könne. Weiter teilt Hauptamtsleiter Echtermann mit, dass Frau Anja Schönbude das Amt der Gleichstellungsbeauftragten zum 31.12.2020 aus persönlichen Gründen niederlegen werde.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Ratsvorsitzender R. Blömer eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Auf Anfrage von Herrn Ralf Meißner teilt Bürgermeister Bittner mit, dass der Bauhof bereits beauftragt wurde, die Halteverbotsschilder an der Burgstraße zu entfernen, die im Rahmen der Umbauarbeiten an der Umgehungsstraße aufgestellt wurden. Weiter führt Bürgermeister Bittner aus, dass er davon ausgehe, dass nach Abbau der Halteverbotsschilder die „Raserei“ in der Burgstraße automatisch durch die dort parkenden Autos gemindert werde.

Frau Julia Mählmann von der DLRG Ortsgruppe Dinklage fragt an, ob im Zuge der geplanten Freibadsanierung ebenfalls eine Sanierung der DLRG Geschäftsstelle vorgesehen sei.

Diesbezüglich führt Bürgermeister Bittner aus, dass ein Kostenrahmen von 4,2 Mio. zur Sanierung des Freibades im Haushalt 2021 eingestellt wurde.

Weiter werde derzeit geprüft, ob die Stadt Dinklage für die Freibadsanierung Fördermittel in Höhe von 45 % der Netto-Baukosten erhalten könne. Ein entsprechender Antrag wurde bereits gestellt.

In welchem Umfang das Freibad letztendlich saniert werde, entscheiden die politischen Parteien. Seitens der Verwaltung werde eine umfangreiche Sanierung befürwortet.

Eine Entscheidung diesbezüglich werde Anfang jedoch erst im März 2021 fallen.

Die Geschäftsstelle der DLRG Ortsgruppe werde bei einer Sanierung in die Planungen einbezogen.

Frau Mählmann verdeutlicht nochmals den schlechten Zustand der DLRG Geschäftsstelle.

Dies wird vom Rat der Stadt Dinklage wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

Ratsvorsitzender R. Blömer beendet die Einwohnerfragestunde.

zu 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 29.09.2020 -öffentlicher Teil-

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 29.09.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

**zu 4 Anfragen zu Ausschussprotokollen -öffentliche Teile-
BUS vom 06.10.2020
SKS vom 27.10.2020
FWT vom 02.11.2020
BUS vom 10.11.2020
JFS vom 26.11.2020
FWT vom 01.12.2020**

Es werden keine Anfragen zu den Ausschussprotokollen gestellt.

**zu 5 Jugendbeteiligung an politischen Entscheidungen; Aufbau eines Jugendparlaments
a) Erlass einer Satzung
b) Erlass einer Wahlordnung
Vorlage: DS-18-0468**

Bürgermeister Bittner trägt anhand der DS-18-0468 vor.

Zunächst bedankt sich Bürgermeister Bittner bei allen im Stadtrat vertretenden Parteien für die gute und vor allem zielführende Zusammenarbeit im Arbeitskreis. Er führt weiter aus, dass der Arbeitskreis sich mit der Erstellung einer Satzung und einer Wahlordnung befasst habe. Über diese müsse in der heutigen Sitzung abgestimmt werden. Das Jugendparlament werde lt. Satzung aus 15 Mitgliedern zwischen 12 und 21 Jahren bestehen. Die Mitglieder sollen unter Berücksichtigung der Wahlordnung für 2 Jahre gewählt werden.

Weiter sei in der Satzung geregelt, dass das Jugendparlament einen jährlichen Etat von 7.000,00 Euro erhält. Auch wurde aufgenommen, dass seitens der Politik und Verwaltung das Jugendparlament eine Unterstützung bei der Bewältigung der Aufgaben erhalten werde.

Bürgermeister Bittner teilt weiter mit, dass die Wahl des Jugendparlaments gleichzeitig mit der Kommunalwahl am 12. September 2021 stattfinden werde. Die wahlberechtigten Jugendlichen können am Wahltag auch online wählen. Hierfür werde ein Dienstleister ein entsprechendes Portal bereitstellen, sodass auch im Wahllokal online gewählt werden könne. Er führt weiter aus, dass mit dem heutigen Beschluss das Jugendparlament final auf den Weg gebracht werde. Im Anschluss werde sich der Arbeitskreis mit der Medienberaterin, Frau Doro Stania, um alle weiteren Vorbereitungen bezüglich der Wahl des Jugendparlamentes kümmern.

Mitglied Quaschigroch bedankt sich zunächst beim Arbeitskreis für die gute Zusammenarbeit, insbesondere bei Frau Doro Stania (Medienberaterin), Frau Alina Abeln (Auszubildende) und Herrn Lars Wallenhorst (Praktikant). Der Arbeitskreis habe schnell und effektiv gearbeitet, sodass mit dem heutigen Beschluss der Arbeitskreis die nun anstehenden Dinge angehen könne. Er sei sich sicher, dass durch das Jugendparlament die Jugendlichen der Stadt Dinklage mit den politischen Gremien vertraut werden und sie etwas in Dinklage bewegen und gestalten können.

In Bezug auf die Satzung äußert sich Mitglied Quaschigroch dahingehend, dass diese jederzeit durch einen Antrag angepasst und/oder geändert werden könne und nunmehr abgewartet werden müsse, wie das Jugendparlament arbeite.

Mitglied Bausen begrüßt ebenfalls die gute Zusammenarbeit des Arbeitskreises und fragt an, warum für das Jugendparlament kein Stimmrecht im Stadtrat vorgesehen sei. Hierzu teilt Hauptamtsleiter Echtermann mit, dass dies rechtlich nicht möglich sei. Der Stadtrat sei ein demokratisch gewähltes Organ der Dinklager Bürger und Bürgerinnen. Es könne aber überlegt werden, ob das Jugendparlament eine beratende Funktion in den verschiedenen Ausschüssen erhalte.

Mitglied Hinxlage merkt an, dass die Zusammenarbeit des Arbeitskreises vorbildlich sei. Er führt weiter aus, dass die Stadt Dinklage ein Vorreiter im Bereich Online-Wahl sei.

Mitglied Dorniak betont, dass die Satzung des Jugendparlamentes lediglich ein Grundgerüst sei, welches nunmehr mit Leben gefüllt werden müsse. Besonders für das Jugendparlament sei die Online-Wahl richtig und attraktiv. Im Anschluss bedankt sich Mitglied Dorniak ebenfalls für die gute Zusammenarbeit im Arbeitskreis.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage a) beigefügte 1. Satzung des Jugendparlamentes der Stadt Dinklage sowie die in Anlage b) beigefügte Wahlordnung für das Jugendparlament der Stadt Dinklage.

Abstimmungsergebnis: a) einstimmig b) einstimmig

zu 6 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen.

zu 6.1 Bericht des Ehrenamtsbeauftragten

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen.

zu 7 Neuordnung der Umsatzbesteuerung nach § 2b Umsatzsteuergesetz Vorlage: DS-18-0514

Kämmerer Putthoff trägt anhand der Drucksache DS-18-0514 vor.

Stadtkämmerer Putthoff führt aus, dass bis Ende 2016 die juristischen Personen des öffentlichen Rechts die Wahl hatten, ob sie bereits zum 01.01.2017 die neuen Regelungen des § 2 b UStG anwenden oder bis spätestens zum 31.12.2020 die bisherige Rechtslage weiterhin in Anspruch nehmen möchten (sog. Optionserklärung). Von dieser Möglichkeit hat die Stadt Dinklage gemäß Ratsbeschluss Gebrauch gemacht.

Weiter habe die Stadt Dinklage bereits einen ersten sog. § 2 b UStG-Haushalts-Check durchgeführt. Demnach ist die Stadt Dinklage lediglich in kleinen Teilbereichen umsatzsteuerpflichtig.

Mit dem Haushalts-Check wurde auch ein Vertragsregister aufgebaut, auf welches jeder Mitarbeiter zugreifen kann.

Da noch ungeklärte Sachverhalte und unbestimmte Rechtsbegriffe zu klären sind, schlägt die Verwaltung vor, die Option bis Ende 2022 zu verlängern.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt folgende Vorgehensweise:

a) Die Beibehaltung der alten Rechtslage gemäß § 2 Absatz 3 UStG bis zum 31. Dezember 2022.

b) Sollten sich im Optionszeitraum bis 2022 im Rahmen der Überprüfung Geschäftsvorfälle und Sachverhalte ergeben, die in der Summe betrachtet aus städtischer Sicht zu steuerlichen Vorteilen führen, soll die Optionserklärung widerrufen werden.

Abstimmungsergebnis: a) einstimmig b) einstimmig

zu 8 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2020 Vorlage: DS-18-0515

Stadtkämmerer Putthoff trägt anhand der Sitzungsvorlage DS-18-0515 sowie anhand der Ausführungen der FWT-Sitzung und der Ausführungen der VA-Sitzung vor.

Er führt aus, dass für das Budget „soziale Leistungen“ im Haushalt Mittel in Höhe von 155.500 € zur Verfügung stehen. Hierbei handelt es sich um Wohngeldleistungen. Dieser werden voraussichtlich um ca. 35.000 € überschritten. Zurück zu führen ist dieses auf die Anpassung der Höchstbeträge für die Miete im Wohngeldgesetz zum 01.01.2020 und auf die Corona-Pandemie. Durch diese vermehrt Wohngeldanträge gestellt wurden. Weiter teilt Kämmerer Putthoff mit, dass die Aufwendungen zu 100% vom Land erstattet werden.

Zum Budget der Oberschule führt Kämmerer Putthoff aus, dass an der Südseite des Mensagebäudes der Oberschule eine Beschattung in Form eines Sonnensegels bzw. einer Außenmarkise vorgesehen war.

Verschiedenste Fachfirmen haben sich die Situation vor Ort angesehen und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es aufgrund der Bauart des Gebäudes eine – im Kostenrahmen verbleibende - Variante für die Anbringung von mechanischen Beschattungsvorrichtungen nicht gibt.

Mit der Schule und dem Mensapersonal wurde nunmehr über die Möglichkeit einer natürlichen Beschattung durch Bäume gesprochen. Eine Lösung sei nunmehr das Anpflanzen von vier Bäumen (sog. Dachplatanen) entlang der Südseite des Gebäudes, die dann für eine entsprechende Beschattung sorgen. Für das geplante Sonnensegel wurden Mittel im Haushalt (investiver Bereich) in Höhe von 20.000,00 € eingeplant. Bei Realisierung der Beschattung durch Bäume werden diese Mittel eingespart.

Die Kosten für die Lieferung und Anpflanzung der Bäume (inkl. Anpassung der Pflasterung und Bodendecker) belaufen sich auf ca. 11.000 €. Da es sich bei diesen Kosten um Aufwendungen (konsumtiver Bereich des Haushaltsplanes) handelt, bedürfen sie der Genehmigung des Rates (überplanmäßigen Aufwendungen).

Weiter teilt Kämmerer Putthoff mit, dass auf dem Parkplatz an der Oberschule eine Ladesäule für E-Autos aufgestellt werden soll. Für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen sind im Haushalt 30.000 € eingeplant (im konsumtiven Bereich).

Die Aufstellung der Ladesäule ist im investiven Bereich des Haushalts zu buchen; hier sind keine entsprechenden Mittel eingeplant worden.

Die Kosten für die Aufstellung der Säule belaufen sich auf 12.433,47 €. Rechtlich handelt es sich hierbei um außerplanmäßige Auszahlungen, die der Genehmigung bedürfen.

Der Ansatz im konsumtiven Bereich wird entsprechend gesperrt.

Kämmerer Putthoff führt aus, dass für die Sanierung der Galerie der Schweger Mühle im Haushalt 2019 Mittel aufgrund einer Kostenschätzung eines Zimmereiunternehmens in Höhe

von 68.000 € eingeplant wurden. Das Architekturbüro Angelis und Partner aus Oldenburg hat den Zuschlag für die Planung erhalten und ein Kurzgutachten für den Förderantrag erstellt. Gemäß dem Gutachten, welches mit dem Gemeindeunfallversicherungsverband (GUV) abgestimmt wurde, sind zusätzlich zu den ursprünglich angedachten Maßnahmen u. a. die Erhöhung der Galeriebrüstung sowie die Installation eines Stahlschutznetzes erforderlich. Die erste Ausschreibung ergab kein verwertbares Angebot. Nachdem die Sanierung der Galerie eines weiteres Mal ausgeschrieben wurde, belaufen sich die Investitionskosten (inkl. Honorar) nunmehr auf 108.000 €. Die Kostensteigerung ist zum einen auf die vom GUV geforderten Mehrleistungen, sowie auf die allgemeine Kostensteigerung zurück zu führen. Um die Aufträge entsprechend vergeben zu können, ist eine Genehmigung der überplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 40.000,00 € erforderlich.

Die Förderung über die Ziele-Richtlinie werde sich auf 57.200 € (53 %) belaufen.

Beschluss:

Die in der Drucksache aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 9 Erstellung eines energetischen Quartierkonzeptes für die Siedlungsbereiche "Zuschlag" und "Plaggenriehe" Vorlage: DS-18-0500

Klimaschutzmanagerin Arp trägt anhand der DS-18-0500 vor. Sie teilt mit, dass es sich hier um die Aufstellung eines energetischen Quartierkonzeptes handle, welches bereits als anzustrebende Maßnahme im Klimaschutzkonzept 2015 beschlossen wurde.

Weiter führt Klimaschutzmanagerin Arp aus, dass im Sommer 2020 mit den Planungen zur Aufstellung eines Quartierkonzeptes begonnen wurde.

Zunächst musste ein geeignetes Quartier identifiziert werden. Arp merkt an, dass dieses Projekt sowie die Quartiersabgrenzung im Bauausschuss am 06.10.2020 vorgestellt wurde.

Daraufhin wurde das Quartier, auf Anregung der Politik, etwas vergrößert und anschließend im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus sowie im Verwaltungsausschuss einstimmig beschlossen.

Sofern der Stadtrat der Stadt Dinklage das Vorhaben zur Aufstellung eines Quartierkonzeptes in Dinklage-West beschließt, könne noch in diesem Jahr ein Antrag zur Förderung gestellt werden.

Mitglied M. Blömer nimmt Stellung zum Klimaschutz in der Stadt Dinklage. Zunächst teilt Mitglied M. Blömer mit, dass die SPD –Fraktion den Antrag auf eine Erstellung eines energetischen Quartierkonzeptes unterstützen werde.

Sodann führt Mitglied M. Blömer aus, dass der Klimaschutz bereits 2012 von der SPD-Fraktion in den Stadtrat eingebracht wurde. Im Jahr 2014 wurde der Arbeitskreis Klima, Energie und Nachhaltigkeit geschaffen.

Mitglied M. Blömer führt weiter aus, dass im Jahr 2015 das Klimaschutzkonzept mit Auflistung der wesentlichen Schwerpunkte entstanden sei.

Dennoch sei abgesehen von der E-Ladesäule auf dem Marktplatz kein weiteres nennenswertes Klimaschutzprojekt umgesetzt worden.

Erst im Jahr 2019 mit der Einstellung von Frau Arp, kam Bewegung in den Klimaschutz der Stadt Dinklage.

Sofern das energetische Quartierskonzept im Jahr 2021 fertiggestellt werde, seien fast 10 Jahre nach Einbringung der ersten Vorschläge der SPD-Fraktion vergangen. Dies sei für den Klimaschutz der Stadt Dinklage eine viel zu lange Zeit. Dennoch solle schnellstmöglich an der Umsetzung gearbeitet werden, damit Fortschritte im Klimaschutz erzielt werden.

Mitglied M. Blömer geht auf verschiedenen Punkte des Klimaschutzes ein. (Altbausanierung, Gestaltung Energieversorgung, CO₂-Ausstoßreduzieren etc.)

Mitglied M. Blömer appelliert an die Verwaltung und die Fraktionen, dass nunmehr neue und klimafreundliche Wege eingeschlagen werden sollten.

Hier habe die Stadt Dinklage eine Vorbildfunktion.

Er wünscht sich mehr Gestaltungswillen von der CDU-Fraktion und mehr Beiträge zum Klimaschutz von den Grünen.

Weiter sollten die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Dinklage bezüglich des Klimaschutzes aufgeklärt und involviert werden. Hier könne die Stadt Dinklage mit Unterstützung und Beratung Abhilfe leisten.

Mitglied Behrens führt aus, dass die Erstellung des energetischen Quartierskonzeptes unbedingt umgesetzt werden müsse. Hier sollten auch die Gewerbe mit eingebunden werden.

Dies sein eine gute und richtungsweisende Zukunft für die Stadt Dinklage.

Mitglied Heitmann führt aus, dass Frau Arp ein tolles Vorhaben vorgestellt habe und es dies umzusetzen gilt.

Weiter kritisiert Mitglied Heitmann die Zustimmung des Stadtrates für einen Versuchungstall. Diesbezüglich ergibt sich eine rege Diskussion.

Auf Antrag von Mitglied Meyer wird über die Erstellung eines energetischen Quartierkonzeptes wie folgt beschlossen.

Beschluss:

Es wird beschlossen einen Antrag zur Erstellung eines integrierten energetischen Quartierskonzeptes für die Wohngebiete „Zuschlag und Plaggenriehe“ sowie die Gebiete zwischen Quakenbrücker Straße und Holthausstraße und zwischen Drostestraße und An der Bleiche (neue Quartiersabgrenzung siehe Protokoll BUS vom 06.10.2020) gemäß Förderprogramm 432 bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie der NBank zu stellen und im Anschluss, bei positivem Förderbescheid, die Erstellung des Konzeptes extern zu vergeben. Die Kosten für die Konzepterstellung sind in den Haushalt 2021 einzuplanen. Ein Sanierungsmanagement für das Gebiet ist in 2021 zu beantragen und für 2022 anzustreben sowie im Haushalt zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**zu 10 Antrag der Katholischen Kirchengemeinde auf Kostenübernahme für die
Einstellung von 4 FSJler (freiwilliges soziales Jahr) in den Kindergärten St.
Catharina, St. Franziskus, St. Martin und St. Theresia
Vorlage: DS-18-0511**

Bürgermeister Bittner trägt anhand der Drucksache DS-18-0511 vor.

Er führt aus, dass die Fachausschüsse sowie der Verwaltungsausschuss bereits über den Antrag beraten haben. Diese Ausschüsse haben beschlossen, die Personalkosten für 2 FSJler zu übernehmen.

Mitglied Ruhe teilt mit, dass die CDU-Fraktion die 2 FSJler Stellen unterstützen werde.

Hier sehe die CDU-Fraktion die Stellen als „Pilotprojekt“, welche den Fachkräftemangel und die Krippenbetreuung positiv entgegenwirken.

Auch soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die FSJler gefördert werden.

Weiter führt Mitglied Ruhe aus, dass die Jugendlichen durch den Freiwilligen Sozialen Dienst eine Möglichkeit erhalten, erste Erfahrungen in der Berufswelt zu sammeln.

Mitglied M. Windhaus führt aus, dass aus Sicht der SPD-Fraktion nichts gegen die Bewilligung von 4 FSJler Stellen spreche. Die Stellen werden gebraucht und seien vorhanden.

Sodann stellt Mitglied M. Windhaus den Antrag auf Kostenübernahmen von 4 FSJler Stellen, beginnend vom 01.02.2021 bis zum 31.07.2022 (Ende des Kindergartenjahres) zuzustimmen.

Abänderungsantrag:

Dem Antrag der Katholischen Kirchengemeinde auf Übernahme der Personalkosten für 4 FSJler-Stellen, beginnend vom 01.02.2021 bis zum 31.07.2022 (Ende des Kindergartenjahres), wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

8 JA-Stimmen, 2 Enthaltungen, 14 Nein-Stimmen

Somit wurde der Abänderungsantrag der SPD-Fraktion abgelehnt.

Der Rat der Stadt Dinklage stimmt über den Ursprungsantrag an.

Beschluss:

Dem Antrag der Katholischen Kirchengemeinde auf Übernahme der Personalkosten für 2 FSJler-Stellen, beginnend vom 01.02.2021 bis zum 31.07.2022 (Ende des Kindergartenjahres) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 20 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen

zu 11 Gebührenbedarfsberechnung für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: DS-18-0516

Kämmerer Putthoff verweist auf die Drucksache DS-18-0516.

Demnach ergibt sich für das Jahr 2021 eine Gebühr in Höhe von 0,85 € je Frontmeter (keine Veränderung zum Vorjahr).

Beschluss:

Die Gebühr für die Straßenreinigung wird - wie bisher - auf 0,85 € je Frontmeter festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Aufgrund der Corona-Maßnahmen erfolgt eine 15-minütige Pause. Die Aula der wird gelüftet.

zu 12 Beratung über die Haushaltssatzung und über den Haushaltsplan der Stadt Dinklage für das Haushaltsjahr 2021

Bürgermeister Bittner bedankt sich bei Herrn Putthoff sowie Frau Nuxoll für die geleistete Arbeit und trägt zum Haushalt vor.

Er führt aus, dass mit Blick auf die Corona-Pandemie ein herausforderndes und anstrengendes Jahr hinter uns liege.

Bürgermeister Bittner führt weiter aus, dass der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2021 aufzeige, dass die Stadt Dinklage in der Lage sei, den Ressourcenverbrauch auszugleichen und im Ergebnisplan einen Überschuss in Höhe 1.541.900 € zu erwirtschaften. Sämtliche Ertrags- und Aufwandspositionen seien im Rahmen der internen Haushaltsplanvorbereitung auf den Prüfstand gestellt worden.

Weiter teilt Bürgermeister Bittner mit, dass Mehrerträge und Minderaufwendungen aus Sicht der Verwaltung nicht weiter für 2021 zu realisieren seien. Ursächlich für diese positive Entwicklung seien die Erträge aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie die Schlüsselzuweisungen des Landes. Die negative Entwicklung der Steuereinnahmen (Berechnungszeitraum 01.10.2019 – 30.09.2020), führen gegenüber des Vorjahres zu einer Verringerung der Steuerkraft, was sich finanziell auf die Einnahmen aus dem Finanzausgleich auswirke.

So werden für 2021 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 1.447.500 € (Vorjahr: 1.179.576 €) und Zuweisungen für Auftragsangelegenheiten in Höhe von 280.100 € erwartet.

Darüber hinaus sei eine Kreisumlage in Höhe von 5.244.400 € (Vorjahr 5.393.775 € =35 Punkte) zu zahlen. Bei der Ermittlung der Kreisumlage sei man von einem Hebesatz von 34 Punkte ausgegangen; das bedeute pro Punkt 154.247 € weniger an Aufwendungen.

Bezüglich der Gewerbesteuer teilt Bürgermeister Bittner mit, dass die Gewerbesteuererträge mit 5.500.000 € eingeplant wurden.

Weiter seien die wesentlichen Aufwendungen die Personalkosten in Höhe von 3.942.300 € (ohne Pensionsrückstellungen). Insgesamt wurden die Personalkosten um 103.900 € (2,71 %) gegenüber dem Vorjahr erhöht. Es wurden die tarifliche Erhöhung von 1,4 % ab 01.04.2021 eingeplant und darüber hinaus Personalkosten für Neueinstellungen eingeplant.

Die Gewerbesteuerumlage wurde mit 561.500 € eingeplant. Umgerechnet seien 10,21 % der Gewerbesteuererträge als Umlage zu zahlen. Mit der Abfinanzierung des Fonds Deutsche Einheit und dem Wegfall der Solidarpaktumlage sei die Grundlage der erhöhten Gewerbesteuerumlage entfallen.

Bürgermeister Bittner führt weiter aus, dass sich die Zuweisungen für Kindergärten und Kindergruppen auf 2.160.000 € belaufen. Das bedeute eine Erhöhung der Zuschüsse gegenüber dem Vorjahr von 65.000 €. Ab dem Kindergartenjahr 2020/2021 betrage der Anteil der Stadt am Nettodefizit 85 %; der der Kath. Kirche 15 %. Der Landkreis Vechta beteilige sich an den Betriebskosten mit umgerechnet 850.500 €. Weiter beteilige sich der „Vereinbarung öffentliche Jugendhilfe“ der Landkreis Vechta ab 01.01.2021 mit höheren Pauschalbeträgen pro Regelgruppe.

Ein besonderes Augenmerk sei auf die Abschreibungen zu legen. Mit denen sich die Investitionsplanung im Ergebnishaushalt widerspiegeln. Bürgermeister Bittner führt aus, dass durch das Investitionsvolumen und die daraus resultierenden Abschreibungsbeträge der Aufwand

im Ergebnishaushalt immer höher werde und der Haushaltsausgleich dadurch erschwert werde.

Weiter teilt Bürgermeister Bittner mit, dass im Finanzhaushalt der Gesamtbetrag der Einnahmen für Investitionstätigkeit auf 3.811.900 € und der Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf 9.178.600 € festgesetzt werde.

Wesentliche Investitionsmaßnahmen seien:

Gesamtinvestitionssumme

1. Förderprogramm Digitalpaket	742.900 €	945.000 €
2. Sporthalle Kardinal-von-Galen (Nachfinanzierung)	300.000 €	1.600.000 €
3. Sanierung Freibad (ohne Vorsteuer)	3.277.900 €	3.530.000 €
4. Neubau Kindergarten „In der Wiek“ (Nachfinanzierung)	1.400.000 €	3.900.000 €
5. Erwerb von Ökopunkten	266.700 €	2.650.300 €
6. Neubau Bauhof (Nachfinanzierung)	1.070.000 €	2.550.000 €
7. ÖPNV-Bushaltestellen (Höner Mark und Schulzentrum)	146.300 €	146.300 €
8. Investitionszuschuss an OOWV für RW-Kanal innerörtliche Entlastungsstraße	300.000 €	1.100.000 €
9. Erschließung Baugebiet Staggenborg (inkl. Inv.-Zuw. an OOWV für SW- und RW-Kanal und RRHB)	936.800 €	936.800 €
10. Breslauer Straße	260.000 €	260.000 €

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen seien in Höhe von 3.300.000 € veranschlagt.

Die Tilgungsleistungen (nur ordentliche Tilgungen) belaufen sich auf 819.000 €, so dass Ende 2021 ein Schuldenstand von 10.562.443 € zu erwarten sei. Basierend auf die Einwohnerzahlen zum 31.06.2020 (13.139 Einwohner) bedeute dies eine Pro-Kopf-Verschuldung von rd. 804 €. Für 2021 belaufe sich die Netto-Neuverschuldung auf 2.481.000 €.

Weiter sei im Ergebnis festzuhalten, dass der Haushaltsplanentwurf 2021 für alle zufrieden stellend sei. Es seien insgesamt recht ordentliche Zahlen vorzuweisen. Dies liege daran, dass der Stadtrat, in den vergangenen Jahren auf eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung Wert gelegt habe. Es sei daher auch Aufgabe aller, die Stadt Dinklage weiter wirtschaftlich auf Kurs zu halten.

Bürgermeister Bittner bedankt sich bei allen, die sich für die Stadt Dinklage eingesetzt haben und bei denjenigen, die mit ihren Steuern, Abgaben und Gebühren dazu beitragen, dass in Dinklage sehr gute und qualitativ hochwertige Dienstleistungen angeboten werden können. Nur so könne eine umfassende Infrastruktur, welche die Lebensqualität nachhaltig positiv prägen, vorgewiesen werden.

Ein weiterer Dank gilt allen Bürgern und Bürgerinnen der Stadt Dinklage, für die große Einsatz- und Hilfsbereitschaft bei der Bewältigung der Corona-Pandemie. Die Solidarität der Beschäftigten und vor allem der freiwilligen Helfer und Helferinnen sei beeindruckend.

Sodann trägt Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion Herr A. Windhaus zum Haushalt der Stadt Dinklage vor.

Nach der Begrüßung aller Anwesenden bedankt sich Mitglieder A. Windhaus bei der Verwaltung für die Realisierung der Hybrid-Sitzung und der damit verbundenen technischen Voraussetzungen.

Weiter bedankt sich Mitglied A. Windhaus bei Herrn Stadtkämmerer Putthoff und seinem Team für die geleistete Arbeit.

Sodann führt Mitglied A. Windhaus aus, dass in den vergangenen Jahren eine Reduzierung der Verbindlichkeiten erfolgen konnte. Sodass Ende 2020 noch ca. 8 Mio. € Verbindlichkeiten vorhanden seien.

Weiter stellt Mitglied A. Windhaus die Zinszahlungen der vergangenen Jahre vor. (2019 ca. 193 T€, 2020 ca. 125 T€ und 2021 mit ca. 115 T€ geplant)
Ziel der CDU-Fraktion sei eine weitere Reduzierung der Verschuldung, um die dauerhafte finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt zu gewährleisten.

Mitglied A. Windhaus führt aus, dass sich die „Pro-Kopf-Verschuldung“ in Dinklage sehr gut zurückentwickelt habe.

Bezüglich der Corona-Pandemie teilt Mitglied A. Windhaus mit, dass diese die politische Arbeit erheblicher verändert habe. Besonders zu erwähnen, seien hier die vielen Online-Sitzungen, die nicht immer ideal aber in dieser Zeit notwendig waren.
Corona habe sich auch auf den Haushalt ausgewirkt. So sei bei der Gewerbesteuer ein guter Ansatz erzielt. Doch niemand könne wissen, wie das Jahr 2021 verlaufen werde. Somit müsse der Haushalt nach bestem Wissen und Gewissen aufgestellt werden.

Dann geht Mitglied A. Windhaus auf die Gewerbesteuer ein. Der Ansatz für das Jahr 2021 sei mit i 5,5 Mio. € veranschlagt. Im Vergleich dazu stellt Mitglied A. Windhaus nochmal die Ergebnisse der vergangenen Jahre vor.
(2017= 5,2 Mio. €, 2018= 6,9 Mio. €, 2019= 8,3 Mio. €, 2020= ca. 6 Mio. €)

Bei der Einkommensteuer kann ein stetiger Anstieg, aktuell fast 6 Mio. €/Jahr, festgestellt werden. Sodass die Stadt Dinklage voraussichtlich auch im kommenden Jahr wieder 6 Mio. €/Jahr einnehmen werde.
Gleiches gilt für die Grundsteuer A und B. (aktuell ca. 2 Mio. €/Jahr)
Bei der Umsatzsteuer sei derzeit ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Bezüglich der Schlüsselzuweisung vom Land könne festgestellt werden, dass diese aufgrund der guten Steuerkraft seit Jahren rückläufig seien.
(Jahr 2018= 2,4 Mio. €, 2019 und 2020 = 1,1 Mio. €, 2021 = Plan 1,1 Mio. €)

Weiter teilt Mitglied A. Windhaus mit, dass die Kreisumlage um 1 Punkt (jetzt 34 Punkte) gesenkt wurde und somit ca. 140.000 € weniger Aufwendungen zu leisten sind.

Im Ergebnishaushalt 2021 werde die Stadt Dinklage einen Überschuss von 1,3 Mio. € erzielen können.

Bezüglich der Ausgaben führt Mitglied A. Windhaus aus, dass hierzu in erster Linie die Personalkosten zu erwähnen sind. Der Ansatz für 2021 liege bei ca. 4 Mio. €.

Weitere wichtige Punkte seien, die Digitalisierung der Schulen (ca. 940.000 €), Investitionen in das Vereins- und Kulturleben (ca. 240.000 €), Prävention (über 100.000 €), Investitionen in den Naturschutz, Umwelt und Klima (45.000 € Klimaschutzmaßnahmen und ca. 65.000 € für die Umsetzung Quartierskonzeptes) sowie der jährliche Ausbau der Ökopunkte. (ca. 26.000 €)

Bezüglich der Investitionen wurde der Bauhof intensiv in den letzten Sitzungen besprochen. Hier wurden nunmehr 2,55 Mio. € in den Haushalt eingestellt.

Weiter habe sich die CDU-Fraktion bezüglich der Sanierung des Freibades klar positioniert. Unter Berücksichtigung beantragter Fördermittel sind noch ca. 2,0 Mio. € zu finanzieren. Es müsse nun abgewartet werden, was aus der Förderung wird. Sofern diese

Mittel von ca. 1,6 Mio. € nicht fließen, müsse weiter überlegt werden, wie ein funktionsfähiges Freibad mittel- und langfristig für Dinklage zu realisieren sei.

Eine weitere große Investition sei der Kindergarten „In der Wiek“. Wo insgesamt 3,9 Mio. € im Haushalt eingestellt wurden. Auch der Klassiker Rathaus habe die CDU-Fraktion beschäftigt. Mit dem Erwerb des Gebäudes der Nebenstelle an der Rombergstraße ist der Stadt ein Befreiungsschlag gelungen. Die CDU-Fraktion sehe im Umbau der Nebenstelle in ein modernes Verwaltungsgebäude eine vertretbare und bezahlbare Option. Dennoch könne dieses Großprojekt angesichts der unsicheren Haushaltslage nicht angegangen werden.

Weiter zählt die Sanierung der Sporthalle Kardinal von Galen-Grundschule zu den notwendigen Investitionen. Hier sollten ca. 1,6 Mio. € investiert werden, wobei 620.000 € Fördermittel „erwartet werden“.

Mitglied A. Windhaus merkt an, dass mit der Reduzierung der Beteiligungsquote beim Ausbau von „in die Jahre gekommenen Straßen“ die CDU den Bürgern im letzten Jahr weiter entgegengekommen sei. Anstatt 75 % werden noch 60 % der Kosten bei Anliegerstraßen auf die Anlieger umgelegt. Bei Durchgangsstraßen beläuft sich der Anliegeranteil auf 30%. Alleine bei den Anliegerstraßen wird dieses ca. 100.000 bis 150.000 €/Jahr kosten. Der CDU sei bewusst, dass dieses Thema seit Jahren immer diejenigen stark beschäftigt, die unmittelbar vom Ausbau betroffen sind.

Die Forderung nach einer Bürgerbefragung könne die CDU-Fraktion mittragen. Hier eine umfassende Befragung zu realisieren, werde Aufgabe der Verwaltung sein.

Auch die Gewerbeentwicklung sei eine wichtige Investition.

Es gibt eine hohe Nachfrage an Gewerbegrundstücken. Dennoch stelle sich aufgrund der Flächenknappheit der Erwerb von potentiellen Gewerbeflächen als schwierig dar. Weitere Hürden seien die Auflagen des Naturschutzes, Kompensation oder der Vogel-, Gewässer- bzw. Baumschutz.

Mitglied A. Windhaus führt aus, dass die CDU-Fraktion den Haushaltsplan 2021 als absolut solide ansehe. Von Steuererhöhungen sehe die CDU auch für 2021 ab.

Die CDU-Fraktion gehen davon aus, dass die Stadt Dinklage bei einer städtischen Verschuldung von unter 10 Mio. € zum Ende des Jahres 2021 bleiben werde.

Seitens der CDU-Fraktion beantragt Mitglied A. Windhaus, den vorgelegten Haushaltsplan 2021, wie vom Finanzausschuss und vom Verwaltungsausschuss bereits einstimmig empfohlen, zu verabschieden.

Im Anschluss bringt Mitglied A. Windhaus seinen Unmut über die Berichtserstattung einiger Fraktionen in der Oldenburgischen Volkszeitung bezüglich der Hybridsitzung deutlich.

Er stellt klar, dass die CDU-Fraktion sich der heutigen Haushaltsberatung keinesfalls unter dem Deckmantel der Corona-Pandemie entziehen wolle.

Dies sei zu keinem Zeitpunkt das Ziel der CDU-Fraktion gewesen. Lediglich die Gesundheit aller stand zu jedem Zeitpunkt im Vordergrund.

Mitglied A. Windhaus zitiert einen Facebook-Eintrag des Bürgerforums und macht nochmal deutlich, dass die CDU-Fraktion sich der Haushaltsdebatte keinesfalls aus dem Weg gehen wollte.

Sodann trägt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Herr M. Windhaus, zum Haushalt vor. Nach Begrüßung aller Anwesenden spricht Mitglied M. Windhaus seinen Dank an die Kämmerer für die Aufstellung des Haushaltes aus.

Mitglied M. Windhaus teilt mit, dass der Haushaltsentwurf der Stadt Dinklage bei Einnahmen in Höhe von 21,4 Mio. Euro und Ausgaben in Höhe von 19,8 Mio. Euro mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 1,6 Mio. Euro abschlieÙe.

Dies sei unter Berücksichtigung der Corona-Pandemie ein ordentliches Ergebnis sei.

Das örtliche Aufkommen der Einkommenssteuer, in Höhe von 5,9 Mio. Euro, bringe mehr Unabhängigkeit von der konjunkturanfälligen Gewerbesteuer, die Höhe von 5,5 Mio. Euro erwartet werde. Ferner belaufe sich die Finanzausgleichzahlung des Landes auf 1,7 Mio. Euro.

Mitglied M. Windhaus führt weiter aus, dass eine Entlastung durch geringere Zinszahlungen, die sich durch die aktuellen Zinssätze und den Schuldenabbau begründen, gäbe. Schließlich seien in früheren Jahren schon Zahlungen über 800.000 Euro zu leisten; im nächsten Jahr 2021 seien es nur noch 115.000 Euro.

Aufgrund der eigenen guten Jahresergebnisse und auch infolge der allgemein guten Steuereinnahmen sowie hoher Finanzausgleichzahlungen des Landes konnte die Stadt Dinklage ihren Schuldenstand von ehemals 15 Millionen Euro in 2009 in diesem Jahr auf 8 Mill. Euro absenken.

Dieser wird sich aufgrund der geplanten Investitionen im nächsten Jahr bei einer Kreditermächtigung von 3,3 Mio. Euro und nach Abzug der Tilgung (819 TSD) wieder auf 10,6 Mio. Euro erhöhen. In Betracht der notwendigen Investitionen sei dies vertretbar.

Mitglied M. Windhaus fährt fort, dass neben den in 2021 erstmals eingeplanten Investitionsmaßnahmen, in den Bereichen Freibad, Digitalpaket, Erwerb von Ökopunkten, Zuschuss an den OOWV u.a. Maßnahmen nachfinanziert werden müssen, die bereits in vorherigen Haushalten eingeplant waren.

Dies sein der Bauhof (1,07 Mill. Nachfinanzierung bei Gesamtkosten von 2,55 Mill.), Kindergarten (2,4 Mill. in 2020 und 1 Mill. in 2021 abzgl. 518 TSD Fördermittel) sowie die Sporthalle Kardinal-von-Galen (1,3 Mill. in 2020 und 300 TSD in 2021).

Dies sei besonders in dieser ablaufenden Legislaturperiode zu beobachten. Rathausneubau bzw. Rathaussanierung sei da nur ein Beispiel.

Liquide Mittel in Höhe von 10 Mio. Euro seien zwar gut, zeigen aber auch den Investitionsstau der Stadt auf.

Grundsätzlich seien Haushaltsansätze in den Haushalt eingestellt, die Maßnahmen jedoch nicht umgesetzt sondern aufgehoben oder aufgeschoben.

Im Klartext der CDU finde der Leser das Bild eines Bauhofes für 2,6 Mill. Euro, die CDU-Fraktion werde aber nur 2,2 Mill. zur Verfügung stellen. Dieser Widerspruch könne nicht aufgelöst werden. Deshalb stünden jetzt, wie von der SPD gefordert, die notwendigen 2,55 Mio. Euro für einen funktionierenden Bauhof im Haushalt.

Dem Freibad könne ein ähnlicher Verlauf drohen.

Ohne Fördermittel, die keineswegs gesichert seien, werde die Sanierung des Freibades so nicht erfolgen. Die SPD stehe zu den Entwürfen und Planungen für die Sanierung des Freibads und werde sie auch umsetzen, notfalls auch ohne Fördermittel.

Die SPD-Fraktion befürworte auch weiterhin die Übertragung zum Teil kommunaler Aufgaben an Dritte, auch weil diese von den städtischen Partnern effektiver und zum Teil auch günstiger erledigt werden.

Diese Zuschüsse seien nach Ansicht der SPD-Fraktion gut angelegt und fördern das freiwillige ehrenamtliche Engagement. Insgesamt wende die Stadt Dinklage finanzielle Mittel in Höhe von 500 TSD Euro für Zuweisungen und Zuschüsse an Vereine und Verbände auf.

Mitglied M. Windhaus teilt mit, dass für den Betrieb der Kinderkrippen und -gärten ca. 2,16 Mio. Euro an die Kirche bzw. das St. Anna Stift überwiesen werden. Abzüglich der Zuwendungen durch den Landkreis verbleibe ein Defizit von 1,3 Mio. Euro.

Begrüßenswert sei, dass der Landkreis neben der Absenkung der Kreisumlage auch die finanzielle Beteiligung an den Kindertagesstätten um ca. 250 TSD Euro erhöhe.

Im Bereich der Straßenausbaubeiträge befürworte die SPD-Fraktion die Abschaffung der Beitragspflicht.

Damit die Stadt ihrer Straßenunterhaltungspflicht nachkommen könne, sei der pauschale Haushaltsansatz auf 150 TSD Euro festgesetzt. So wie von der SPD schon im letzten Jahr beantragt und vom Stadtrat beschlossen

Er merkt an, dass auch durch die von der SPD beantragte und jetzt in Umsetzung befindliche Verkehrsentwicklungsplanung die gesamte verkehrliche Entwicklung verbessert wird. Gleiches gelte auch für Maßnahmen des Klimaschutzes. Daher sei es richtig, hier jeweils 50.000 Euro für die Umsetzung im Ergebnishaushalt bereitzustellen.

Mitglieder M. Windhaus merkt an, das die SPD-Fraktion dem vorgelegten Haushaltsentwurf die Verwaltung zustimmen werde.

Sodann trägt Mitglied Frau Bausen vom Bürgerforum zum Haushalt vor.

Mitglied Bausen bedankt sich ebenfalls bei der Kämmerei für die Aufstellung des Haushaltes und führt aus, dass das Bürgerforum es positiv bewerte, dass Dinklage bisher so gut durch die Corona Pandemie gekommen sei. Dementsprechend stehe die Stadt Dinklage auch haushaltsmäßig gut da. Sodass der Ergebnishaushalt 2021 noch einen Überschuss von 1.541.900 aufweise.

Auch das Gewerbesteueraufkommen bleibe nur geringfügig unter dem geplanten Ansatz des Vorjahres.

Weiter trägt Mitglied Bausen vor, dass Mindererträge beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (ca. minus 325.000 Euro) Mehrerträge beim Gemeindeanteil der Umsatzsteuer (ca. plus 250.000 Euro) gegenüberstehen.

Die weitere Entwicklung aufgrund der Corona Pandemie sei abzuwarten

Weiter teilt Mitglied Bausen mit, dass ein besonderes Augenmerk weiterhin auf die anhaltende Kreditentwicklung der Stadt Dinklage zu richten sei.

Denn die, aus der Aufnahme weiterer Kredite resultierenden Zins- und Tilgungsleistungen könnten die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Dinklage negativ beeinträchtigen.

Mitglied Bausen stellt fest, dass der Schuldenstand 2019 auf unter 10 Mio. Euro gesenkt wurde. Jedoch könne diese durch die Netto-Neuerschuldung in 2021 wieder bis zu ca. 10,6 Mio. Euro ansteigen.

Mitglied Bausen beklagt, dass sich die Mehrheitsfraktion nicht zur längst überfälligen Anpassung der Realsteuern an die Nivellierungssätze des Landes (zuletzt 2017 geschehen) angepasst wurde. So verzichte die Stadt Dinklage auf zusätzliche Erträge von ca. 228.500 Euro.

Mitglied Bausen führt weiter aus, dass es weiter gilt, den Schuldenstand in den nächsten Jahren zu senken und geplante Investitionen kritisch zu würdigen.

Insbesondere seien Prioritäten bei den geplanten Investitionen zu setzen. Vorgelegte Planungen von Fachbüros sollten nicht dem selber auferlegten Sparzwang geopfert werden. Notwendige Investitionen für die Zukunft müssen umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die geplante Sanierung des Freibades zu verweisen. Trotz guter Planung und Begleitung eines Fachplaners inkl. Vorstellung mehrerer Kostenalternativen verzögert sich die Umsetzung.

Hier plädiert das BFD dafür, dass auch ohne Fördermittel die Sanierung des Freibades umgehend angegangen werden muss.

Ähnlich sei es mit den Planungen des ursprünglichen Rathausneubaues- bzw. Rathausumbau Rombergstraße.

Im Haushalt 2021 seien 150.000 Euro Planungskosten eingestellt, im Investitionsprogramm bis 2024 fehlen weitere Mittel gänzlich.

Das BFD wünsche sich insbesondere auch von Bürgermeister Frank Bittner zu diesen Themen eine stärkere Priorisierung und klare Positionierung.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan einschließlich Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021 – wie vorgelegt – wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

1. Für den Bau eines Bauhofes werden weitere Investitionskosten in Höhe von 250.000,00 € eingeplant.
2. Der Ansatz „Schlüsselzuweisungen des Landes“ wird um 362.500,00 € erhöht.
3. Der Ansatz „Kreisumlage“ wird um 110.400,00 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 13 Beratung über das Investitionsprogramm der Stadt Dinklage für die Jahre 2020 - 2024

Stadtkämmerer Putthoff verweist den Haushaltsplan der Stadt Dinklage und erläutert das Investitionsprogramm.

Er weist darauf hin, dass dieses lediglich richtungsweisend und nicht verbindlich sei.

Beschluss:

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2024 wird in der vorgelegten Form genehmigt

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Aufgrund der Corona-Maßnahmen erfolgt eine 15-minütige Pause. Die Aula wird gelüftet.

zu 14 Antrag der SPD-Fraktion nach § 56 NkomVG an den Rat der Stadt Dinklage auf Durchführung einer Bürgerbefragung Vorlage: DS-18-0518

Mitglied M. Windhaus stellt nach § 56 NkomVG den Antrag auf Durchführung einer Bürgerbefragung zur Abschaffung bzw. weiteren Erhebung von Straßenausbaubeiträgen.

Er führt aus, dass die Sanierung sowie die Straßenunterhaltung aus Sicht der SPD eine Aufgabe der Verwaltung seien und diese auch mit öffentlichen Mitteln finanziert werden sollten. Als Termin für die Bürgerbefragung schlägt die SPD-Fraktion den Tag der Bundestagswahl (26.09.2021) vor.

Weiter teilt Mitglied M. Windhaus mit, dass eine Beratung zur Bürgerbefragung zunächst im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus erfolgen solle; anschließend im Verwaltungsausschuss und dann im Stadtrat.

Mitglied Bausen fragt an, welchen Sinn die Bürgerbefragung habe.

Hierzu führt Mitglied M. Windhaus aus, dass durch die Bürgerbefragung der Wille der Bürger und Bürgerinnen verdeutlicht werde. So könne besser entschieden werden, ob an der Beitragspflicht festgehalten werden solle oder ob diese Aufgabe der Stadt Dinklage zugewiesen werde. Mitglied M. Windhaus merkt an, dass eine Bürgerbefragung jedoch nicht bindend sei.

Mitglied Schwarte führt aus, dass die CDU-Fraktion dem Antrag der SPD-Fraktion befürworten werde. Weiter teilt Mitglied Schwarte mit, dass es sehr gut sei, die Befragung bei der Bundestagswahl durchzuführen.

Dennoch solle kein falscher Eindruck bei den Bürger und Bürgerinnen erweckt werden. Den Bürgern und Bürgerinnen sollten die verschiedenen Finanzierungsmodelle vorgestellt und verdeutlicht werden.

Auf Antrag von Mitglied M. Windhaus ergeht folgender Beschluss:

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Durchführung einer Bürgerbefragung zur Abschaffung bzw. weiteren Erhebung von Straßenausbaubeiträgen wird vorbereitend in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**zu 15 Antrag der SPD-Fraktion nach § 56 NkomVG an den Rat der Stadt Dinklage zur Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplanes
Vorlage: DS-18-0519**

Mitglied Witteriede stellt den Antrag der SPD-Fraktion nach § 56 NkomVG auf Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplanes vor.

Zunächst geht Mitglied Witteriede detailliert auf die Sitzungen des Arbeitskreises Verkehrsentwicklung ein.

Sie führt aus, dass die erste Sitzung des Arbeitskreises am 26.08.2019 stattgefunden habe. (Vorstellung der Bestandsanalyse, Festlegung erster Handlungsbedarf)

Im Anschluss folgte eine zweite Sitzung am 19.11.2019.

(Darstellung konkreter Handlungsfelder und Handlungserfordernisse sowie Formulierung erster Empfehlungen)

Die dritte Sitzung am 09.07.2020 diente der Vorbereitung der Wegebereisung und der Bauausschusssitzung.

Weiter betont Mitglied Witteriede, dass in all diesen Sitzungen mehrfach darauf hingewiesen wurde, dass es wichtig sei, die Bevölkerung und hier insbesondere den Einzelhandel einzu-beziehen.

Mitglied Witteriede merkt an, dass dies jedoch bis heute nicht geschehen sei und auf Grund der Corona Entwicklung die ursprünglich geplanten Form (Bürgerversammlung und Work-shops) nicht möglich seien.

Mitglied Witteriede führt aus, dass jedoch andere Beteiligungsverfahren wie z.B. Faltblatt oder Onlinebefragung möglich seien.

Mitglied Witteriede beantragt eine Bürgerbeteiligung. Diese soll von der Verwaltung vorberei-tet und durchgeführt werden. Ein Umsetzungsfahrplan sei der Verwaltung bereits bekannt.

Weiter solle der „Fahrplan“ überarbeitet und angepasst werden.

Mitglied Bausen fragt an, welches Ziel die SPD-Fraktion mit dieser Befragung verfolgen wer-de. Seitens des Bürgerforums solle die Politik sich zunächst einig sein, wie die weitere Vor-gehensweise sei. Erst dann könne der Einzelhandel und der Bürger informiert werden.

Hierzu führt Mitglied Witteriede aus, dass zunächst die Bürger und Bürgerinnen informiert werden sollten und erst dann eine gemeinsame Lösung/ Umsetzung erfolge.

Mitglied Behrens teilt mit, dass es Aufgabe der Stadt Dinklage sei, nach den Vorgaben des Landkreises zu handeln und der Verkehrsentwicklungsplan von der Stadt Dinklage vorberei-tet und erarbeitet werden müsse. Maßnahmen, die innerhalb der Stadt Dinklage erfolgen sollen, müssen in den Arbeitskreisen diskutiert und beraten werden. Mitglied Behrens führt aus, dass zunächst eine Befragung der Kaufmannschaft nötig sei. Der Kaufmannschaft müs-se ebenfalls eine gewissen Zeit zur Beratung/Bearbeitung und Diskussion zur Verfügung gestellt werden.

Mitglied M. Windhaus führt aus, dass nunmehr ein Rahmenplan geschaffen wurde. Dieser müsse nunmehr konkretisiert werden. Stichpunkte zum weiteren Vorgehen seien den Frakti-onen zugesandt worden.

Diese Stichpunkte sollen in der von Frau Witteriede aufgeführten Form konkretisiert werden. Dafür bedarf es einer politischen Diskussion.

Mitglied A. Windhaus führt aus, dass seitens der CDU-Fraktion dem Antrag der SPD-Fraktion zugestimmt werden könne. Es sei nicht nötig weitere Vorberatung innerhalt der Fraktion zu diskutieren. Die Notwendigkeit liegt in der Reihenfolge der Beteiligung. Zunächst sei der Einzelhandel, dann Bürger und dann politische Gremien zu beteiligen.

Beschluss:

Die SPD-Fraktion beantragt, dass zur schrittweisen Umsetzung des innenstadtbezogenen Konzeptes vorbereitet und durchgeführt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Enthaltungen

zu 16 Mitteilungen des Bürgermeisters über kommunalpolitische Angelegenhei-ten

Bürgermeister Bittner nimmt Stellung zu den Geschehnissen der vergangenen Wochen be-züglich der Vorbereitungen auf die Ratssitzung.

Bürgermeister Bittner führt aus, dass er über die Berichtserstattung vom heutigen Tag und besonders von der Wortwahl sehr enttäuscht sei.

Er teilt mit, dass bei allen Entscheidungen, die bisher im Rahmen der Pandemielage getroffen wurden, immer die Gesundheit der Ratsmitglieder, der Mitarbeiter sowie der Bürger im Vordergrund standen.

Weiter merkt Bürgermeister Bittner an, dass in den Nachbargemeinden, einzelne Ausschüsse oder Gremien in Quarantäne versetzt wurden oder gar erster Sitzungen abgesagt wurden.

Bürgermeister Bittner gibt an, dass die Hinweise in der E-Mail aus dem Rathaus, die kommende Ratssitzung online stattfinden zu lassen, lediglich die ersten Überlegungen darstellten um dem aktuellen Pandemiegeschehen und den aktuellen Inzidenzzahlen im Landkreis Vechta und dem Oldenburger Münsterland Rechnung zu tragen.

Weiter betont Bürgermeister Bittner nochmals, dass die Online-Sitzung der erste Gedanke war, dieser aber nicht das Ziel verfolge, die Öffentlichkeit auszuschließen oder ausschließen zu wollen, sondern der derzeitigen Situation angepasst werden sollte.

Ebenfalls stellt Bürgermeister Bittner klar, dass selbst, wenn zu diesem Zeitpunkt die Art der Durchführung bereits festgelegt gewesen wäre und es wäre eine verbindliche Einladung ergangen, dann wäre es nach dem NKomVG völlig in Ordnung gewesen. Denn die Entscheidung über die Art der Sitzung, trifft der Bürgermeister in Benehmen mit dem Ratsvorsitzenden.

Im Anschluss habe Bürgermeister Bittner unverzüglich das Gespräch mit dem Geschäftsführer des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Herrn Kamlage, gesucht. Es brauchte Lösungen, die allen gerecht wurden.

Bürgermeister Bittner habe die Empfehlung, einer sog. Hybridsitzung erhalten. Jedes Ratsmitglied konnte für sich selbst entscheiden, ob er/sie an der Sitzung in Präsenz teilnehmen möchte oder nicht. Auch die Öffentlichkeit und die Presse seien selbstverständlich präsent dabei, sofern sie gewünscht wird.

Bürgermeister Bittner führt aus, dass direkt nach dem Telefonat mit Herrn Kamlage bei Herrn Ratsvorsitzenden Blömer angerufen wurde, um das Benehmen zu der von mir favorisierten Hybrid-Sitzung herzustellen. Herr Blömer habe zu dieser Variante sein Benehmen erteilt.

zu 17 Anfragen und Anregungen

Mitglied Bausen fragt an, ob das Gutachten zum Burgwald nunmehr bei der Stadt Dinklage eingegangen sei.

Bürgermeister Bittner führt aus, dass derzeit noch kein Gutachten eingegangen sei. Sofern dieses bei der Stadt Dinklage eingehe, werde der Stadtrat umgehend informiert.

Mitglied M. Windhaus bedankt sich im Namen des Rates bei Herrn August Blömer für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. (Herr Blömer werde am 30.12.2020 in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.)

Diesbezüglich teilt Bürgermeister Bittner mit, dass mit Herrn August Blömer vereinbart wurde, dass er nach der Corona-Pandemie in einem würdigen Rahmen verabschiedet werde.

Robert Blömer
Vorsitzender

Tina Schwarz
Protokollführung

Frank Bittner
Bürgermeister